

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 10.05.2016, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Vorstellung der Untersuchungsergebnisse zu den baulichen Mängeln an der Kindertagesstätte Familienzentrum Teveren
Vorlage: 543/2016
2. Neugestaltung der Straße "Am Mühlenhof" von der Prof.-Schröder-Straße bis zur Thelensgracht
Vorlage: 538/2016
3. Klimaschutz in Geilenkirchen - Vorstellung des Klimaschutzmanagers und seiner Arbeit
Vorlage: 841/2016
4. Beratung über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung L 42/Chorherrenstraße statt einer Ampelanlage
Vorlage: 545/2016
5. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Hans-Josef Paulus

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Kirsten vom Scheidt

Mitglieder

3. Karl-Peter Conrads
4. Dr. Stefan Evertz anwesend bis 20:05 Uhr
5. Theresia Hensen anwesend bis 20:10 Uhr
6. Gabriele Kals-Deußen
7. Nils Kasper
8. Wilfried Kleinen
9. Barbara Slupik
10. Raimund Tartler

Stellvertretendes Mitglied

11. Hans-Jürgen Benden Vertretung für Herrn Harald Volles
anwesend bis 20:05 Uhr

12. Horst-Eberhard Hoffmann Vertretung für Herrn Christoph Grundmann

Sachkundige/r Bürger/in

- 13. Cornelia Banzet
- 14. Hans-Josef Benend
- 15. Uwe Eggert
- 16. Dirk Kochs
- 17. Gero Ronneberger Vertretung für Herrn Johann Graf
- 18. Friedhelm Rose
- 19. Holger Sontopski

von der Verwaltung

- 20. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
- 21. Jona Knoke
- 22. Technischer Beigeordneter Markus Mönter
- 23. Manfred Savoir
- 24. Bürgermeister Georg Schmitz

Protokollführer

- 25. Manfred Houben

Gäste

- 26. Alwin Gietemann
- 27. Wilhelm Wirtz

Es fehlten:

- 28. Johann Graf
- 29. Christoph Grundmann
- 30. Harald Volles

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung zur 12. Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses.

Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung seien keine Einwendungen erhoben worden.

**TOP 1 Vorstellung der Untersuchungsergebnisse zu den baulichen Mängeln an der Kindertagesstätte Familienzentrum Teveren
Vorlage: 543/2016**

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte Herrn Wilhelm Wirtz vom Architekturbüro Wirtz und übergab an diesen das Wort nach einer kurzen Einführung in den Tagesordnungspunkt. Anhand der beigelegten Präsentation trug Herr Architekt Wirtz seine Vorschläge zur Sanierung der Kindertagesstätte Teveren vor.

Nach Abschluss des Vortrages erläuterte Technischer Beigeordneter Mönter warum der Vorschlag der Verwaltung in der vorliegenden Form erfolgt sei. Man habe aufgrund des Schimmelproblems verschiedene Räume aus der Nutzung genommen. Neue Ursachen für eine er-

neute Schimmelbildung seien nicht hinzugekommen, sodass keine Empfehlung für eine weitergehende Sanierung ausgesprochen werden müsse. Man empfehle daher die notwendigen Maßnahmen umgehend umzusetzen und über einen Neubau erst in ein paar Jahren nachzudenken. Hier würde man aus Kostengründen einen Zeitpunkt nach 9 Jahren favorisieren, nach Abschluss der bestehenden Abschreibungen. Sollten sich bis dahin andere Finanzierungsmöglichkeiten über Förderprogramme ergeben, könne man auch bereits früher starten.

Stadtverordnete Slupik erklärte, dass die CDU Fraktion sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen werde. Die Gesundheit der Kinder und Erzieherinnen wäre der Fraktion sehr wichtig. Der Sanierungsaufwand von 116.000 € solle für die Sanierung aufgewendet werden. Die haushalterische Situation der Stadt lasse einen Neubau zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu, man solle jedoch nicht bis zum Ablauf der 9 Jahre warten und bereits in 4-5 Jahren in die Planung für einen neuen Kindergarten einsteigen. Hier könne man sich auch ein PPP Modell also Public Private Partnerships gut vorstellen, um ggf. das Projekt früher realisieren zu können.

Erster Beigeordneter Brunen gab hierzu an, dass ein Mietmodell günstiger für den Träger sei, da im Gegensatz zu den Eigentümern, die Kosten der Miete bei den Betriebskosten berücksichtigt werden können. Hier könne man in die Planungen einsteigen wenn die Restabschreibung der Kindertagesstätte Teveren nicht mehr so hoch sei.

Stadtverordnete Slupik bat nochmals, den Beginn der Planung in 4-5 Jahren zu beginnen, wenn dies nach der Haushaltslage möglich sei. Wenn die Sanierung nach dem Vorschlag der Verwaltung durchgeführt würde, werde man die Gebäude der Kindertagesstätte Teveren im Auge behalten um rechtzeitig und umgehend auf neue Probleme reagieren zu können.

Stadtverordneter Kleinen schloss sich dem Vortrag aus der CDU Fraktion an. Ein kurzfristiger Neubau der Kindertagesstätte sei sicherlich erfreulich, würde aber hier an der haushalterischen Situation scheitern. Eine Neubauplanung in einem mittelfristigen Zeitpunkt ab ca. 4-5 Jahre sei hier zu verfolgen.

Dass keine gesundheitlichen Belastungen für die Kinder und Erzieherinnen unbeachtet blieben, war für die Stadtverordnete Kals-Deußen wichtig. Eine mittelfristige Neubauplanung sei sicherlich erfreulich, aber erst nach 9 Jahren realistisch. Es blieben jedoch noch die Fragen offen, ob die Kellerräume weiterhin verschlossen und verplombt blieben und es sich nicht um eine Sanierungssumme von 140.000 € anstelle von 116.000 € handele und was jetzt mit dem Außengelände geschehe.

Technischer Beigeordneter Mönter erklärte, dass das Außengelände in diesem Jahr saniert werden solle, die Kellerräume nicht mehr verschlossen blieben und die Schleusen wegfallen würden. Allerdings könne man die Kellerräume nicht mehr als Lager nutzen. Die Lagerräume wurden von der Verwaltung als nicht mehr erforderlich eingestuft.

Zu den Kosten der Sanierung gab Architekt Wirtz an, dass in der Kalkulation zwei verschiedene Mindestmaßnahmen mit unterschiedlichen Gesamtsummen angegeben wurden. Eine Maßnahme sei hier mit 116.000 € beziffert.

Stadtverordneter Hoffmann dankte für den Vortrag des Architekten. Nach den vorgetragenen Klagen der Erzieherinnen, Kinder und deren Eltern könne man eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass nur ein Neubau hier das Ergebnis sein könne. In der Franz von Hahn Gruppe sei an einer Wand auf einer Seite Feuchtigkeit vorhanden und auf der anderen angeblich nicht. Diese Messergebnisse seien unverständlich und bedürfen der Erläuterung. Zudem habe er gehört, dass sich die Stadt bereits mit Grundstücken und deren Erwerb beschäftigen würde. Hierzu würde er gerne über die Pläne unterrichtet werden. Auch über eine

Sanierung der Kindertagesstätte bei laufendem Betrieb sei noch zu beraten bzw. zu informieren.

Architekt Wirtz gab hierzu an, dass es zu Ergebnisabweichungen bei digitalen Messungen kommen könne. Die Werte seien grundsätzlich zu interpretieren, wenn eine Seite der Wand Feuchtigkeit aufweise und die andere Seite nicht. Bei der Bauausführung der hier zu Rede stehenden Wand sei es physikalisch nicht möglich, dass nur eine Wandseite Feuchtigkeit aufweise. Eine Nachmessung zu einem späteren Zeitpunkt habe ergeben, dass hier keine Feuchtigkeit mehr vorhanden sei.

Technischer Beigeordneter Mönter gab an, dass während der Sanierung der Kindertagesstätte der Betrieb zwar beeinträchtigt würde, aber grundsätzlich sichergestellt werde. Zurzeit sei noch kein Grunderwerb geplant, doch müsse man eine Beratung hierüber in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verlegen.

Stadtverordneter Dr. Evertz unterstützte ebenfalls den Vorschlag der Verwaltung. Gerade auch die Aussage, dass nach der Sanierung ebenfalls die Feuchtigkeit geprüft werde sei wichtig. Er sei ebenfalls der Meinung, dass mit der Planung rechtzeitig begonnen werden solle und nicht erst nach Ablauf von 9 Jahren. Je früher die Planungen bekannt seien, umso eher könne man noch im Gremium tätig werden und Einfluss nehmen. Pläne über den Ersatz der verlorenen Lagerfläche solle man auch dem Ausschuss zur Beratung vorlegen.

Sachkundiger Bürger Ronneberger schloss sich ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung an. Er sähe jedoch hier einen geteilten Vorschlag der getrennt voneinander abzustimmen sei. Einmal über die Variante der Mindestmaßnahme und einmal über die Sanierung der Außenanlage.

Der sachkundige Bürger Eggert führte aus, dass der Beginn und die Dauer der Maßnahme noch nicht angegeben worden sei. Bei seriöser Herangehensweise dürfe auch nicht zu früh über einen Neubau gesprochen werden. Erst in 9 Jahren könne man aus haushalterischer Sicht eine ernsthafte Planung vornehmen.

Stadtverordnete Slupik wollte ihre Äußerung nicht als Versprechen gegenüber den anwesenden Gästen verstanden wissen. Sie stellte nochmals klar, dass der Beginn einer Planung für den Neubau einer Kindertagesstätte nach Ablauf von 9 Jahren zu spät sei.

So auch Stadtverordneter Benden. Mit dem Thema müsse sensibel umgegangen werden. Die Kindertagesstätte dürfe nicht 9 Jahre in Vergessenheit geraten, sondern die Weichenstellung solle frühzeitig erfolgen. Bei diesem Zeitraum spreche man hier bestimmt von 2 Generationen Kindergartenkindern und den Eltern könne man keine Prognose für die Zukunft bieten. Dies könne sich auf das Anmeldeverhalten der Eltern auswirken. Die Aussage von Herrn Ronneberger bezüglich der geteilten Vorschläge könne er nicht nachvollziehen, da nach dem Vorschlag der Verwaltung nichts aufgeschoben werde.

Technischer Beigeordneter Mönter erklärte nochmals, dass es sich bei der vorgeschlagenen Mindestmaßnahme und der Sanierung der Außenanlage um ein kombiniertes Programm handle. So auch Herr Eickhoff welcher konkretisierte, dass nach der Beschlussfassung innerhalb weniger Wochen mit den Maßnahmen begonnen werden könne und dies auch auf den laufenden Kindertagesstättenbetrieb abgestimmt werde. Die Sanierung der Außenanlage könne sich jedoch über einen größeren Zeitraum innerhalb dieses Jahres erstrecken. Die vorliegenden Pläne seien mit der Kindertagesstättenleitung abgestimmt.

Stadtverordneter Benden führte nochmals an, dass neben den Mindestmaßnahmen nicht auf die Sanierung der Außenanlage verzichtet werden dürfe.

Ausschussvorsitzender Paulus fasste die aus dem Ausschuss vorgetragenen Vorschläge kurz zusammen und bedankte sich für die intensive Auseinandersetzung über den vorliegenden Beschlussvorschlag und stellte diesen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Zur Sanierung der Gebäude der Kindertagesstätte Teveren beschließt der Umwelt- und Bauausschuss die sofortige Umsetzung der vom Architekturbüro Wirtz ermittelten Mindestmaßnahmen. Zusätzlich wird die Verwaltung beauftragt die Sanierung des Außengeländes im Jahr 2016 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 2 Neugestaltung der Straße "Am Mühlenhof" von der Prof.-Schröder-Straße bis zur Thelensgracht Vorlage: 538/2016

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte Herrn Alwin Gietemann vom gleichnamigen Ingenieurbüro und bat um Vorstellung der Pläne zum Ausbau der Straße Am Mühlenhof.

Herr Gietemann stellte kurz die von ihm entworfenen Pläne für den Ausbau der Straße Am Mühlenhof in 2 Varianten vor:

- durchgehend 5,00 m Fahrbahnbreite
- Fahrbahneinengungen auf 3,00 m mit Pflanzbeeten

Die Gehwege solle man möglichst breit gestalten auf 1,10 – 1,60. Die Gehwegflächen könnten evtl. mit Rundborten ausgestattet werden, sodass im Ausnahmefall ein Ausweichen im Begegnungsverkehr mit Lastkraftwagen möglich sei. In der Straße Am Mühlenhof sei seiner Erfahrung nach jedoch nicht mit einer höheren Zahl von Begegnungsverkehr mit Lastkraftwagen zu rechnen. In einem Tempo 50 Bereich mit Begegnungsverkehr soll eine Fahrbahn grundsätzlich eine Breite von 6,35 m ausweisen und bei Tempo 30 noch 5,90 m.

Bei einer Gesamtausbaulänge von 190 m entstünden nach seiner Berechnung Kosten in Höhe von brutto 190.000 €. Hierin nicht enthalten seien die Kosten für Erdleitung und Straßenbeleuchtung. Seiner Erfahrung nach müsse man noch mit zusätzlichen Kosten von 10.000 € rechnen.

Stadtverordnete Slupik dankte für den Vortrag und trug vor, dass nach intensiven Diskussionen in der Fraktion man von der Variante mit Pflanzbeeten Abstand nehmen möchte. In der Ortslage seien noch 10 Landwirte ansässig welche die Straße nutzen würden. Parkende Fahrzeuge und Bauminselfen verträgen sich in der Straße Am Mühlenhof nicht besonders gut mit landwirtschaftlichem Verkehr.

Stadtverordneter Hoffmann regte an, auf das Ergebnis der Einwohnerversammlung zu warten. Hier könne man auf die Belange der Anwohner Rücksicht nehmen und eine entsprechende Planung umsetzen.

Stadtverordneter Dr. Evertz empfahl ebenfalls, die Einwohnerversammlung abzuwarten, um auch die Reaktion der Landwirte berücksichtigen zu können.

Der Sachkundige Bürger Benend berichtete aus eigener Erfahrung, dass ein Ausbau der Straße unterhalb von 5 m zu Problemen zwischen landwirtschaftlichen Fahrzeugen und parkenden Fahrzeuge führen würde. Ein Ackerschlepper mit Anhänger würde zwangsläufig die Straße nicht passieren können und müsse dann einen Umweg von 2 – 2,5 km nehmen, um die Felder zu erreichen.

Die Verwaltung fasste zusammen, dass im Ergebnis beide Planungsvarianten für die Bürger- und Behördenbeteiligung vorerst als Bauvorentwurf weiter behandelt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Bauvorentwurf zur Neugestaltung der Straße „Am Mühlenhof“ und die Durchführung einer Einwohnerversammlung in Beeck am 22.06.2016 in der Vereinsstätte Beeck werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 3 Klimaschutz in Geilenkirchen - Vorstellung des Klimaschutzmanagers und seiner Arbeit Vorlage: 841/2016

Ausschussvorsitzender Paulus begrüßte den Klimaschutzmanager Jona Knoke. Herr Knoke stellte sich dem Ausschuss vor und stellte seine Arbeit als Klimaschutzmanager bei der Stadt Geilenkirchen und seine Ziele anhand der beigefügten Präsentation vor.

Stadtverordneter Benden fragte nach, ob durch den Wechsel in der Person des Klimaschutzmanagers Gelder für die Stadt Geilenkirchen verloren gegangen seien. Zudem sei der Ausbau der Elektromobilität bereits im Jahr 2012 beschlossen worden. Standorte für die Errichtung von Elektrotankstellen für Fahrräder und/ oder Autos lägen ihm nicht vor.

Herr Knoke gab an, dass durch den Stellenwechsel keine Fördermittel verloren gegangen seien. Bei der Einrichtung von Elektrotankstellen handele es sich nicht um eine aktuell präferierte Maßnahme. Die Fahrradmobilität wird aktuell vor allem durch das Projekt Velo+ außerhalb des Klimaschutzmanagements bearbeitet.

Technischer Beigeordneter Mönter führte aus, dass der Kreis Heinsberg in dem Projekt Velo + Standorte und Routen festgelegt habe. Es sich aber hier um ein Projekt des Kreises handele unter Einbeziehung von Energieversorgungsunternehmen.

Sachkundiger Bürger Eggert warb für die Aufstellung von Schnellladestationen. Die bekannte Verweildauer zum Aufladen von Elektrokraftfahrzeugen sei bekanntlich zeitintensiv. Daher mache die Errichtung einer normalen Ladestation wenig Sinn.

Bürgermeister Schmitz gab hierzu an, dass auf dem Rathausplatz und am Bahnhof jeweils eine Ladestation für Fahrräder geplant sei. Hierbei handele es sich um Ladestationen der NEW, aber keinesfalls um Schnellladestationen für Kraftfahrzeuge.

Stadtverordneter Evertz bat um Aufnahme eines entsprechenden Tagesordnungspunktes für eine künftige Sitzung des Ausschusses, um sich mit der Standortwahl und der Ausstattung der Station auseinandersetzen zu können.

Technischer Beigeordneter Mönter gab an, dass in der Projektplanung des Klimaschutzbeauftragten die Projekte für die eigenen Liegenschaften so viel Zeit beanspruchen würden, dass nebenher wenig Raum für andere Maßnahmen bliebe.

Herr Knoke ergänzte hierzu, dass das CO₂-Einsparpotenzial durch den Einsatz von Elektroautos im Vergleich zu einigen anderen Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes geringer ausfallen würde.

Stadtverordneter Kasper bat um Mitteilung, was aus den 2012 verabschiedeten Klimaschutzzielen geworden sei.

Ebenfalls Stadtverordneter Dr. Evertz bat um diese Mitteilung in einer der nächsten Sitzungen.

**TOP 4 Beratung über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung L 42/Chorherrenstraße statt einer Ampelanlage
Vorlage: 545/2016**

Ausschussvorsitzender Paulus verwies zu Beginn der Beratung auf die Stellungnahme des Landesbetriebes Straßen NRW hin, welche am Vortag an die Fraktionen verteilt worden sei.

Stadtverordneter Kleinen teilte mit, dass seine Fraktion die Stellungnahme zur Kenntnis genommen habe. Man sei jedoch über das Ergebnis enttäuscht, da hier in erster Linie nur die Kosten gegen die Errichtung des Kreisverkehrs angeführt werden. Man halte nach wie vor einen Kreisverkehr für die einzig richtige Lenkungsanlage für diese Kreuzung.

Der sachkundige Bürger Ronneberger brachte vor, dass auf der Internetseite vom Landesbetrieb Straßenbau NRW stehe, dass Straßenbau Expertensache und ein komplizierter Prozess sei, wo Belange der Infrastruktur, der Umwelt und betroffener Bürger in Einklang zu bringen sind. Das Gesetz garantiere eine Information der Öffentlichkeit und eine Beteiligung der Bürgerschaft. Das sei leider nicht bei der Entscheidung zur LSA an der L42/Einmündung Chorherrenstraße und Richtung NATO Air Base berücksichtigt worden.

Leistungsfähige Ampeln benötigten ein gut gewartetes Programm, welches nur so gut sei, wie es mit Daten gefüttert werde. Das Datenprogramm sei abhängig von vielen Faktoren, wie neue Verkehrsströme, wie der im Jahr 2017 wohl fertige Buitenring mit einer Zunahme von 63 % auf der L42. Die Siepenbuscher, Teverner, Grotenrather und die Nato Air Base werden befürchten, im Stau an der Ampel zu stehen. Neue Anbindungen, wie Neubaugebiete Teveren, Talstraße und auch andere Bereitschaftsstufen der Nato führten zu anderen Belastungszeiten einer Ampelanlage.

Auf der L 42 und im Stadtgebiet würden sich mittlerweile 5 Verkehrskreisel befinden, die bisher keinen Anlass zur Kritik oder schwere Unfälle zur Folge gehabt hätten. Im Durchschnitt koste die Errichtung bundesweit für einen kleinen Kreisverkehr wie an der L42/K3 200.000 €, der von Grotenrath 150.000 €.

Die Verwaltung habe bis heute nicht offengelegt, was die Anlage mit 7 programmierten Ampeln gegenüber denen eines Kreisverkehrs im Nutzen- und Kostenvergleich von 10 Jahren koste. Der Kreisverkehr verursache nur noch geringe Pflegekosten und die Schere der Kosten der Ampel öffne sich.

Die Bürger würden aufgrund der Gefahrenlage eine moderne Kreisverkehrsanlage und keine Ampel wollen. Deshalb habe die Freie Bürgerliste und Geilenkirchen bewogen! eine Unterschriftenaktion am Vatertag in den Orten Teveren, Grotenrath, Siepenbusch und Windhausen für einen Kreisverkehr und gegen eine Ampel durchgeführt, mit überwältigendem Erfolg. Innerhalb von 4 Tagen seien mehr als 400 Unterschriften zusammen gekommen.

Stadtverordnete Slupik führte aus, dass man den Widerstand gegen die LSA in der Fraktion nicht nachvollziehen könne. Man habe sich in der Fraktion für die LSA ausgesprochen, aber der Verwaltung den Auftrag erteilt, das Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu suchen und nach einer für die Stadt kostenneutralen Möglichkeit der Errichtung des Kreisverkehrs fragen lassen. Das Ergebnis dieses Gespräches habe man erhalten. Man könne nicht auf die Entschärfung der Kreuzung bis ins Jahr 2023 verzichten.

Stadtverordneter Hoffmann kritisierte, von der Verwaltung nicht rechtzeitig informiert worden zu sein. Ansonsten hätte man anders reagieren können. Nun müsse man zur Entschärfung der Gefahrensituation mit der Errichtung der LSA vorlieb nehmen. Bis zur Fertigstellung der B 221n könne man nicht warten, da dies noch bis zum Jahr 2023 dauern könne.

Stadtverordneter Dr. Evertz pflichtete Herrn Ronneberger insoweit bei, dass man mit der Realisierung eines Kreisverkehrs im Jahr 2023 ein Totschlagargument vorgetragen habe. Er warf der Verwaltung mangelnde Information und schlechte Vorbereitung der Entscheidung vor.

Der Sachkundige Bürger Ronneberger trug vor, dass es kein Problem sei, die Grenze von 10% für eine Petition zu erreichen. Die Behauptung sei falsch, dass eine LSA günstiger sei als ein Kreisverkehr. Der Break Even Point sei bereits nach 10 Jahren erreicht und ein Kreisverkehr daher insgesamt günstiger.

Der Umwelt- und Bauausschuss nimmt das Verhandlungsergebnis mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zur Kenntnis.

TOP 5 Verschiedenes

Stadtverordnete Hensen sprach die Problematik in der Waldstraße an. Dies sei eine Anliegerstraße, würde aber mit Durchgangsverkehr zunehmend belastet. Sie bat um Mitteilung welche Vorschläge von der Verwaltung zur Lösung der Problematik gemacht würden.

Bürgermeister Schmitz gab hierzu bekannt, dass er am 11.05.2016 um 09:30 Uhr einen Ortstermin mit dem Leiter des Ordnungsamtes Herrn Kaumanns habe. An diesem Termin könnten auch Mitglieder des Ausschusses teilnehmen.

Technischer Beigeordneter Mönter trug vor, dass für Fahrbahneinengungen keine Möglichkeiten bestünden. Man werde den Verkehr jedoch beobachten und Kontrollen anregen.

Sachkundiger Bürger Ronneberger erinnerte an seinen Antrag aus der letzten Sitzung des Ausschusses zu prüfen, ob an der LSA Kreuzung Konrad Adenauer Straße/Theodor Heuss Ring ein Grüner Pfeil für Rechtsabbieger angebracht werden könne. Ihm habe der Mitarbeiter des Ordnungsamtes, Herr Beemelmans, bestätigt, dass dies möglich sei, wenn ein entsprechender Grund vorhanden sei. Dieser Grund wäre gegeben, da man ja abbiegen könnte, wenn die LSA rot zeigen würde und man sähe, dass die Schranken des Bahnüberganges geschossen seien.

Sachkundiger Bürger Sontopski argumentierte, dass die geringen Kosten für die Installation eines Grünen Pfeils sprächen. Könne man hier abbiegen ohne auf Grün warten zu müssen sei dies auf jeden Fall ein Vorteil.

Technischer Beigeordneter Mönter wolle die Ausführungen von Herrn Ronneberger prüfen lassen, da es sich um eine straßenverkehrsbehördliche Angelegenheit handle. Innerhalb der Verwaltung liege jedenfalls eine anderslautende Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde vor.

Sitzung endet um: 20:23 Uhr

Vorsitzender

Gez.
Hans-Josef Paulus

Schriftführer:

Gez.
Manfred Houben